



Erleben einer neuen Regierung verpöhlen und dadurch die Herrschaft der Banditen verlängern, den Boden für frohe Raubüberfälle und Morde hüten.

Und wenn die alte Regierung im Verein mit den polnischen fögenannten nationalen Parteien die Herrschaft der Anarchie und des Banditismus verlängert, so ist es andererseits gewiss, daß immer weitere unzufriedene Volksmassen die Revolution für sich anerkennen werden und man darf nicht die Augen von der Gefahr abwenden, die von dieser Seite der Revolution droht. Und wenn es so ist, dann muß man auch mit voller Offenheit anerkennen, daß dies die Schuld nicht nur einzig der reaktionären Presse ist, die tagtäglich ins Hirn ihrer Leser die Anjohnung hineinpumpt, die Revolution gehe mit dem Banditismus Hand in Hand.

Meine reaktionäre Presse würde imphand, in dieser Richtung auf die Gedanken einzuwirken, wenn die Revolutionisten, die die Massen mit einer viel sichereren und bombastischeren Stimme anreden, in entgegengelegelter Stimme auf die Gedanken einwirken würden, wenn diese Taten nicht den leisesten Zweifel erwecken, daß die reaktionäre Presse falsch liegt.

So ist es jedoch nicht. Die pseudorevolutionären Taten der Polnischen Sozialistischen Partei, die berühmten „Konstitutionen“ und andere ähnliche Aktionen, welche die Revolution der Volksmassen zu einer Revolution der konspiratorisch organisierten Mitglieder der Kampfsorganisation machen sollen — alles das erschreckt den weitaus mehr von der Revolution lebenden Lesenden die Unternehmung, wo die Tat eines Revolutionärs endet und wo eine solche eines Banditen ihren Anfang nimmt. Auf der Grundlage solcher Taten findet die konträre revolutionäre Presse einen geeigneten Boden dazu, um mit der ihr eigenen Perfidie den Banditismus mit der Revolution zu vermischen.

Die revolutionären Parteien müssen erst diese Gefahr ins Auge fassen. Und vor allem, was sie auch zum Kampf mit dieser Gefahr unternehmen, eines müssen sie sich sagen: daß jede Tat nur dann revolutionär ist, wenn sie als solche agitatorisch, aufklärend wirkt; daß also in den Revolutionstagen kein Platz für solche Taten ist, welche in den Gedanken auch nur die leiseste Unklarheit, den leisesten Zweifel darüber lassen können, daß der Banditismus und die Revolution zwei scharfe Gegenätze vorstellen.

### Tagesgeschichte.

Halle a. S., 18. September 1906

#### Nationalliberales Mißvergehen.

Auf ihren Provinzial- und Landparlamenten, in der Rheinprovinz und in Sachsen, bestätigten es sich die Nationalliberalen abermals gegenseitig, daß es mit ihrem Liberalismus sehr faul bestellt sei. In Bonn sprach der Schuldirektor H in g m a n n s über die „Mißstimmung“, die in gewissen Kreisen der Wähler herrsche: das Vertrauen sei verloren gegangen, und es güttere in Grund und Boden der Partei. Selbst Herr B a j e r m a n n, dem der Selbsthaltungstrieb über alles geht, macht gegen die Landtagsfraktion mobil, die ja nach dem Zeugnis der Jungliberalen nur noch „eine rationäre Masse“ ist, weil sie bei der Erledigung der Schulvorlage „zu große Opfer gebracht“ habe. Dabei konnte sich Herr Wallermann doch nicht enthalten, die alte böse Behauptung zu ätiern, daß man „in nationalen Dingen das Interesse des Vaterlandes über das der Partei“ stellen müßte. Was ist das für eine „nationale Partei“, die sich selbst erst zurückstellen muß, um dem Vaterlande zu dienen? Doch ist das Interesse der nationalliberalen Partei nicht mit dem des Vaterlandes, zumal sie diesem nur dienen, wenn sie ihr eigenes Programm „umzusetzen“ — was mag das aus aller liberalen Zeitgenossen willen für ein Programm sein, und was ist das für eine Partei?

Herr Wallermanns Rede forderte Herrn Friedberg heraus, denselben Herrn Friedberg, der es zuzuhören brachte, in einer Rede von hundert Worten unsere Grundsätze und Grundsätze Kollegen in groß unvorhergesehener Weise als „leig“ zu beschimpfen, um sie zugleich als „Verteidiger“ (während der Lektüre selbst Immunität genießt) dem Strafgericht auszuweisen. Doch selbst ein Mann, der solche Brocken seines Mutes abgelegt hat, und überhaupt als ein Typus des preussischen Staatsliberalismus gelten kann, sich trotzdem an der Regierung reiben konnte, beweist, zu welcher üblen Rolle diese herabgerückten ist. Herr Friedberg meinte:

Die Regierung ist schlapp, sehr schlapp, aber niemals reaktionär, dazu ist sie gar nicht stark genug.

Damit eriang Herr Friedberg einen kleinen Erfolg. Die preussische Regierung aber darf einem leid tun, wenn sie sich sogar von einem Friedberg dergleichen gelassen lassen muß. Schließlich wurde eine Resolution des Provinzialparlamentes, die von den Fraktionen eine liberale Haltung fordert, mit 59 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

Weshalb gibt es in Chemnitz so. Obwohl der bekannte Schachmacher B o e c k sich für die Parteiorten ins Zeug legte, fand der Syndikus S t r e i m a n n Anfang, der über die „Mißschönung“ des liberalen Schachmanns sagt. Schließlich wurde eine Motion des Dresdener Landtagsabgeordneten S e i t z e r e n g e m a n n, durch welche sich der sächsische Provinzialparlament mit der Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion bei der Reichsfinanzreform nicht einverstanden erklärt.

Es ist merkwürdig, daß solche Erscheinungen an der nationalliberalen Partei sogar in jenen Gegenden zutage treten, wo der Liberalismus längst mit einem brutal-reaktionären Fundament auf abwärts identisch geworden ist. Offenbar haben die Herren jetzt schon mächtige Angst vor den nächsten Reichstagswahlen.

#### Es lebe die Korruption!

Wegen die armen Kleinfürer des Patriotismus, die im Berliner konservativen Wahlverein gegen die Korruption zu protestieren wollten, werden jetzt alle agrarischen Kettenhunde losgelassen. Und die Deutsche Tageszeitung in Stadt und Land! fällt jetzt wieder über die Hungerleider und Protestierenden her, die den Agrariern im Staatsamt ihren angemessenen Anteil am Geschäft nicht gönnen wollen. Sie legt das gefühn untafelte Beispiel der K r e m s e i t t e n in höchst bitterer Weise so fort:

Soll etwa ein preussischer Handelsminister, der auf seiner landwirtschaftlichen Regierung ein Geschäft hat, nicht das p o l i t i s c h e G e s e h e n können? Soll es nicht dem Amt, eines Oberpräsidenten, der Weinberg besitzt, um infolge dessen Weinhandel betreibt, unvereinbar sein, daß er ein Staatsankäufer oder ein Reichsanwalt-Verwalter macht? Oder soll etwa ein Staatssekretär des Reichsjustizamts, der durch seine Schwägerin in den Besitz von Anteilen an der A s t e r e n t e n e l e n g e l a n g t ist, diese auf-

geben müssen, wenn die Gabel hin und wieder an die deutsche Marine lieiert? Die Beispiele, die die Deutsche Tageszeitung heranzieht, scheinen nicht von ungehörig gewählt zu sein. Und man weiß, zu welchen verneinlichen Mitteln das Agrarierblatt greift, um Herrn v. B o b b e r t i n im Amt zu erhalten. Die Aufstellung liegt also nahe, daß die Deutsche Tageszeitung sich für den Agrarierproben, für den Fall, daß ihrem beiderseitigen Schatzung eine politische Geschichte, die beweisen, daß es alle s o m a c h e n wie B o b b e r t i n, und daß sich die Tippelsterei schon in alle Ressorts der Verwaltung eingetreten hat. Es läßt sich jetzt die Beantwortung der Frage nicht mehr umgehen, ob die Deutsche Tageszeitung bloß so herabgeredet hat, oder ob die von ihr gemachten Beispiele auf Tatsachen beruhen. Also:

1. Ist es wahr, daß der preussische Handelsminister D e b r ü c k, abgesehen von seinen amtlichen Eigenschaften, auch als P f e d e r h a n d l e r angenehme Beziehungen zum preussischen Staate unterhält?

2. Ist es wahr, daß der Staatssekretär des Reichsjustizamts, D r. R i e b e r i n g, vom Schwiagerpaar e r e b t e Konserven an die deutsche Reichsmarine verhandelt?

3. Ist es wahr, daß ein Oberpräsident (welcher?) nicht-beamteten Beinhändlern bei ihren Lieferungen für Reichs- und Staatsanwaltschaft Konkurrenz macht?

Diese Fragen zu beantworten liegt zunächst nicht um sondern der Deutschen Tageszeitung ob. Da aber das Interesse für sie durch die Tageszeitung gemacht werden ist, wird ihre Beantwortung gewiß auch dem Leser nicht fehlen, wenn sich Herr D e r t e l auf ihn daran erinnen wollte, daß B o b b e r t i n der Tawertel heißt. Und daß die Deutsche Tageszeitung gerade solche Menter für ihre Stichprobe gewählt hat, deren Anhänger bürgerlicher Herkunft sind und nicht direkt zur agrarischen konservativen Parteiangehörigen, kann den Verdacht nur bestärken. Und daß daselbst Blatt schon seit langer Zeit noch ähnlichen Fäulen weicht, um dem Landwirtschaftsminister M i t s c h u l d i g e zu finden. Zunächst hatte es sich mit dem früheren Handelsminister Herrn M o e l l e r beschäftigt, dem es aber trotz eifriger Suche keine Geschäfte mit dem Staate vorwerfen konnte. Jetzt scheint ihm von wissenden Freunden besseres Material angetragen worden zu sein!

Wie gesagt, die Wahrheit wird sich jetzt kaum mehr aufhalten lassen. Soviel aber steht auch für diesen Augenblick schon fest, daß sich die Konservativen und Agrarier heute als die rüchlichsten und vornehmsten Vorkämpfer und Verteidiger der Korruption erweisen. Sie, die allemal der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie des Westens das Vorbild des „reinen und redlichen“ Altpreussischen entgegen hielten, finden es heute vollkommen in Ordnung, wenn die Minister Tuch, Feder, Arzbein, Bahnhofsstellen, Zellausrüstungen, Vieh, Fleisch, Butter, Fährdräger, Papier, Weide, Wein und Konserven zu guten Preisen an Staat und Reich verkaufen. Es gibt, so scheint es, nicht einmal mehr einen D e l e s t. D a b e r unter ihnen, der mit Unmuthet einem solchen christgermanischen Schwagerjüngling entgegensteht!

#### Die Fleischnot steigt.

An der die Interessen der Landwirte vertretenden Presse wird die eifrige Behandlung aller der Fragen, die mit den hohen Fleischpreisen zusammenhängen, vielfach dahin ausgelegt, als ob es sich um die Ausbreitung eines politischen Gegenstandes handle. Damit wird die Unwissenheit von der Hauptfrage abzulenken versucht. Es ist Tatsache und diese Tatsache kann auch von dem eifrigsten Bührer der landwirtschaftlichen Interessen nicht länger bestritten werden, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, dem deutlichen Markte die nötigen Fleischmengen zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Tatsache rechnet man selbst in landwirtschaftlichen Kreisen. Als nämlich Mitte Juni am Schachschmerte ein Preisrückgang eintrifft, da wurde in der landwirtschaftlichen Presse dafür Stimmung gemacht, daß die Landwirte mit ihrem verkaufsfähigen Vieh zurückhalten sollten, da die Preise doch bald wieder hinaufgehen würden. Diese Spekulation auf eine weitere Ausbeute seitens der profitierbaren Herrn Agrarier war ganz schlaun, denn das Angebot an deutschem Vieh war, ist und bleibt vorläufig ganz beträchtlich hinter dem schon stark eingeschränkten Bedarfe zurück. Ein Beweis für die weitere Verschärfung der ungenügenden Spannung ist die erneute Steigerung der Rindviehpreise während des September. Verfolgt man nämlich die Preisbewegung an den 17 größeren Schlachtwirtschaften, so ergibt sich, wie Dr. J a t r o w in seiner Arbeitsmarkt-Korrespondenz nachweist, daß im September gegen August an vier Plätzen die niedrigsten und höchsten Notierungen für Rindvieh, an acht die höchste Notierung gestiegen ist, daß an vier Plätzen die Preise gleich blieben, und daß nur an einem Markte ein Preisrückgang eingetreten ist.

Diese Steigerung im September ist ganz beträchtlich, wenn man sie mit den Preisen im September der beiden Vorjahre vergleicht. Die Höchstpreise allein sind in acht Städten gestiegen und zwar in Breslau, Chemnitz, Magdeburg, Hamburg, Osterfeld, Köln, München und Nürnberg. Es handelt sich um Steigerungen bis zu drei Mark pro 100 Kilo. Die Rindviehpreise blieben meistens gleich; in Hamburg, Mühlberg und München gingen sie sogar um eine Mark herab. Gleich geblieben sind die Rindviehpreise in Dortmund, Essen, Frankfurt a. M. und Mannheim, während für Düsseldorf eine Ermäßigung zu konstatieren ist. Es ergibt sich aus dem Bilde dieser Preisveränderungen, daß die Preissteigerung an den nord- und süddeutschen Plätzen sich schon entschieden durchgeleitet hat; dagegen ist dies im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in einzelnen Teilen Mitteldeutschlands (womit im nördlichen Baden noch nicht ganz möglich gewesen. Jedenfalls ist die Septembersteigerung eine Ursache weiteren Konsumrückganges. Zeigte schon das zweite Quartal eine bedenkliche Fortsetzung in der Verminderung des Fleischkonsums, so bringt das dritte Quartal sicherlich eine abermalige Abnahme. Denn wenn auch die Schweinepreise sich an den Septembersteigerung nicht beteiligen, so sind sie doch gleichfalls so hoch, daß eine Zunahme des Schweinefleischkonsums ebenfalls nicht eingetreten sein kann. Man sieht also schon seit einer Reihe von Quartalen, daß durch das außergewöhnliche Niveau der Fleischpreise die Ernährung des Volkes eine direkte Schädigung erfährt, insofern als die Fleischmengen ganz beträchtlich zurückgegangen ist und noch immer weiter zurückgeht.

#### Großrenten- und Strafrechtsreform.

Während dem Delinquenzentum der Jugend, des Entwirkungsaltes, bei den Vorarbeiten für die Reform des Strafrechts und Strafvollzugs ein erschöpfendes Stadium gemindert worden ist, hat das Alter der A b s t i b i l u n g, das Großenalter, so gut wie gar keine Berücksichtigung gefunden. Und doch ist, so führt die F r a n k f. Z t g. aus, die Veränderung und Verminderung der körperlichen und seelischen Fähigkeiten

bei bejahrten Leuten eine-gewaltige, trieblos Talsache. Ein Kreis kann, ohne geisteschwach zu sein, ebensoviel außerhalb der Durchschnittslinie, für welchen das Strafrecht „geschritten“ wird, stehen wie ein Kind. Als recht geistig darf dabei eine solche Erscheinung bezeichnet werden: G e l l e n a t e r und R i m a n a t t a, von Oberarzt Dr. G. B r e s l e r in W u l f f i n (Jahrgang 2 bis 3 des 5. Bandes der Z u r i c h e r P s y c h i a t r i e) in G r e n z l i n e n (Jahrgang 1) bezeichnet werden, daß Veräumnisse gewöhnlich nachfolgenden Strömungen, Psychologie und Psychopathologie des Greisenalters zur Schaffung einer Grundlage für die Beurteilung greiser Verbrecher herangezogen. Die Ergebnisse dieser Studie sind in Kürze folgende:

1. Geisteschwache Delikte und fähigste Antragsstellung, die geisteschwachen Verleihen erfahrungsgemäß sehr häufig, führen nach der Kriminalstatistik schon bei normalen Greisen, d. h. Personen über 70 Jahre, relativ oft zur Verurteilung, ja teilweise sogar öfter als im Alter von 60. bis zum 70. Lebensjahr. Man wird daher unwillkürlich zu der Vermutung gebracht, daß manche wegen dieser Delikte verurteilten Greise zur Zeit der Straftat bereits geisteschwach waren, aber als solche nicht erkannt worden sind.

2. Die Progenz der Nichtvorbestraften ist bei den verurteilten Greisen höher als im 7. Jahrzehnt, und zwar nicht aus äußeren Gründen (z. B. erschwerter Ermittlung der Verurteilung bei sehr alten Verleihen), denn gerade bei verurteilten Greisen, deren Verleihen hinreichend bekannt zu sein pflegt, zeigt sich dieselbe Erscheinung. Auch dieser Punkt gibt zu denken. 3. Der Geschlechtscharakter bei Greisen wird bedeuend abnehmend häufiger festgestellt, was, wie sich z. B. aus der Preussischen Statistik berechnen läßt, die Zahl der über 60 Jahre alten Männer, welche sich mit Mädchen unter 20 Jahren verheiratet, im Vergleich zu denselben Jähren der Männer im Alter von 60 bis 65 Jahren aufzufassen läßt. Es gibt also in Wirklichkeit auch beim Weissen einen sogenannten „zweiten Trieb“. 4. Beim Greise tritt nicht nur eine Abnahme der physischen und psychischen Kräfte ein, sondern, was nicht minder wichtig ist, die Lebensstätigkeit ändert auch ihre Richtung. Empirische und experimentelle Psychologie stimmen darin überein.

Die vorstehende Schrift wird, indem sie so eine Grundlage für die Beurteilung seniler Verbrecher schafft und Anhaltspunkte für deren schwer erkennbare psychische Abweichungen gibt, der Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs, welcher gar keine Bestimmungen über große Personen enthält, neue Ziele weisen. Denn es ist klar, daß unter solchen Umständen mehr Schutz- als Strafmaßnahmen am Platze sind.

Die Polenhege geht weiter. Ein nach Polen einberufener Kongress polnischer Journalisten wurde polizeilich aufgelöst.

Der Dreifach ist bekanntlich im vorigen Jahre in Berlin durch den Franzfurter Kaufmann Levi nach allen Regeln der Kunst verurteilt worden. Levi wurde deshalb von einer Berliner Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Strafe ist dieser Tage auf dem Gnadenwege in eine Geldstrafe von 3000 Mark umgewandelt worden.

Wenn russische Großfürsten in Deutschland reisen. Die Berliner Zeitung meldet: Western, nachts um 3 Uhr, als der Verkehr auf den Fernbahnhöfen der Berliner Stadtbahn bereits gelehrt war, wurde das gesamte Beamtenpersonal aus dem Schloß gemeldet und auf den Bahnhof beordert, wo sich einige hohe Beamten bereits eingefunden hatten. Die Vorschriften waren getroffen worden, um einen russischen Hofzug passieren zu lassen, der in der Richtung Schleißer Bahnhof — Zoologischer Garten die Strecke passierte. Es wird behauptet, daß einige russische Großfürsten den Zug benutzt haben, denen der Boden in der Heimat zu heiß geworden.

Ueber die Zustände in Kamerun sind der Franzfurter Zeitung weitere erfreuliche Nachrichten zugegangen. Es heißt da u. a.: „Im Lande herrscht Armut; zahlreiche Sterbefälle kommen vor. Mamentlich leiden die Eingeborenen Not, denen die Hüften zwecks Wegebauten zerstört worden sind, aber nicht die geringste Entschädigung zuteil wurde. Jede Woche dreimal muß der Alma (König) und seine vier Großhäuptlinge sich im Gemeindegemeinschaftsbau stellen, damit festgestellt werden kann, daß sie nicht in den Dusch gefallt sind und von dort verfahren, die Eingeborenen aufzuheben. Diese Maßregel hat im Folge, daß die fünf Häuptlinge nicht imstande sind, irgendwelche Reisen wegen ihres Amtes zu machen. An dem Begräbnis des Richters Dr. E y e l nahmen die Afrokanne teil. Der alte W o o d und sämtliche Häuptlinge gaben unter Vorant einer Waisenkasse dem Verstorbenen das letzte Geleit dafür, daß er sich der großen Sympathien unter den Eingeborenen erfreute.“

#### Inselnd.

Frankreich. Katholische Kultusgenossenschaften. Wie Gil Blas mitteilen weiß, bestehen in Frankreich einige katholische Kultusgenossenschaften, die dem Trennungsgesetze entsprechen und einen regulär ordinierten Geistlichen an ihrer Spitze haben. Allerdings sind diese Kultusgenossenschaften gegen den Willen der Bischöfe gebildet worden. Sie entstanden in der Weise, daß der Bischof einen vorabenehmen Pfarrer absetzte oder absetzen wollte, den die Mehrheit der Gemeinde betrauen wollte. Der Pfarrer blieb am Platze und die Gläubigen gründeten, ohne den Bischof darum zu fragen, die von dem Gesetze geforderte Genossenschaft. In den Kreisen der Bischöfe sind nun zwar diese Geistlichen und ihre Anhänger keine wahren Katholiken mehr, aber nach dem Wortlaut des Trennungsgesetzes üben sie tatsächlich den katholischen Kultus aus und haben daher Anspruch auf die hierfür bestimmten Kirchen und Kirchengüter.

Athen. Ein Parlament in Perien. Am Montage ist ein vom 10. September dahinter Erfolg des Schachs betr. die National-Parlament verabschiedet worden. Darin wird bekannt gegeben, daß die National-Parlamentung aus 156 Mitgliedern bestehen soll, von denen 60 für Lehrer und 96 für die Provinzen gewählt werden sollen. Die Wahlen sollen alle zwei Jahre abgehalten werden. Den Mitgliedern wird Unverletzlichkeit zugesichert. Die Abgeordneten für Lehrer müssen den Präsidenten und zwei Vizepräsidenten, die jedes Jahr neu gewählt werden sollen. Die Wahlen sind bereits im Gange.

#### Zur Revolution in Russland.

Ueber den Tod Trepotow wird der Berl. Ztg. folgende, etwas abenteuerlich klingende Mitteilung aus Petersburg gemacht: Zwischen dem Lode Trepotow und der Abreise der Jarenfamilie in die finnischen Gewässer besteht ein enger innerer Zusammenhang. Es hat sich herausgestellt, daß unter der Dienerschaft des Jaren eine geheime Verbindung besteht, die mit revolutionären Kreisen enge Fühlung unterhält. Dies

Entscheidung hat den Jaren in ungeheure Aufregung versetzt. Er hat die Beamten seines Postamtes mit den bestmöglichen Vorwürfen überhäuft, weil die Lasten revolutionärer Umtriebe bei Hofe ihrer Aufmerksamkeit entgangen sind. Vor allem richtete sich die Vorwürfe gegen Treppow. Die Behauptung, daß er das erste Opfer einer Verführung sei, die sich gegen die gesamte Polizeidirektion richtete, wird bestritten. Man hält es vielmehr für erwiesen, daß Treppow aus Verweigerung über den Joren seines Herrn Hand an sich gelegt habe. Der Tod Treppows wurde eine Zeitlang verheimlicht, wie es heißt, soll das Ableben des Generals bereits vor vier Tagen erfolgt sein. In seine Stelle ist der bisherige Kommandeur des Gendarmiekorps, General Debjulin, zum Polizeikommandanten ernannt worden.

Der Jar will selber auf Pump ausgeben. Der Daily Telegraph meldet aus Petersburg, daß der Jar den Wunsch hegt, persönlich Anleihen im Auslande aufzunehmen, da die Bedingungen, die ausländischen Syndikate dem russischen Finanzminister anbieten, für das russische Reich geradezu demütigend seien. Der Jar hofft, daß man ihm persönlich die nötigen Millionen borgen werde.

Ob es wirklich noch Leute gibt, die Vätern etwas borgen wollen? Die Person und der Thron des Jaren verdienen doch noch weniger Kredit als die russische Regierung.

Stolypin für den weißen Schrecken. Eine Verschärfung, die der Petersburger Korrespondent der Frankf. Ztg. näher zu bezeichnen nicht ermächtigt ist, hatte kürzlich eine geschäftliche Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Stolypin. Stolypin ist der Ansicht, daß sich durch Terrorisierung der Massen gegen die Anarchie ankämpfen lasse. Vorgänge wie die in Siedle können sich seiner Meinung nach wiederholen. Zur Zeit der Unterhaltung war die Verwendung von Gefährlichen nur gerichtlich bekannt. Stolypin sagte, er werde dieses Vorgehen unteruchen lassen, glaubt aber, daß anders gegen die Siedleer Revolutionäre nicht vorgegangen werden konnte. Die Kadetten hält Stolypin für besonders gefährlich, weil sie ausgesetzte Revolutionäre sein können, die sich hinter der Masse bürgerlicher Opposition verbergen. Ihm wäre es erwünscht, wenn die extremen Elemente in der nächsten Duma besser vertreten wären, als die Kadetten. Dann würde die Gesellschaft sofort sehen, daß man mit einer solchen Duma nicht arbeiten könne, während die fanatischen Doktrinaire und revolutionären Kadetten die Gesellschaft täuschen. Der Generalstab des Korrespondenten, ein Politiker von Ruf, meinte, bei solcher Stimmung und solchen Anschauungen werde Stolypin sich nicht länger als einen Monat halten können.

Die Waffen und die Revolution. Der Metropolit von Petersburg, Antonius, hat im Antrage des Synods einen Emdbrief an die Bischöfe erlassen. In diesem heißt es, wenn die vorübergehende Verbindung vergangen wäre, dann werde das angetragene Meer wieder ruhig sein. Das russische Volk werde fragen, wo seine Sünden in der Zeit der Verwirrung gewesen seien. Zum Kampfe gegen die Feinde der Kirche und des Staates seien nicht nur äußere Maßnahmen erforderlich, sondern mehr noch die moralische Heiligung, und diese liege Aufgabe der Seelsorger. Bei den bevorstehenden Wahlen würden viele Bürger sich an ihren Seelsorger wenden und ihn um Rat bitten, den sie wählen sollten. Die Geistlichen sollten sich aber nicht durch Worte, Versprechungen und politische Programme leiten lassen, sondern sich nur nach dem christlichen Geiste der Liebe und Wahrheit richten und die Sorge für das Wohl der Kirche und des Vaterlandes maßgebend sein lassen. Dann würden sie nicht nur selbst nicht irren, sondern auch anderen den richtigen Wege weisen.

Die Revolution wird sich auch durch diese blöden, bornierten und kenderlichen Brocken der Pfaffen nicht aufhalten lassen.

Der Sipel der Bestialität. Der Hiltverein deutscher Juden hat gestern aus Petersburg folgendes Telegramm erhalten. Während des Pogroms in Siedle wurden aufs Geratewohl mehr als 200 Personen verhaftet. Sie werden nunmehr vor das Feldgericht gestellt, das sein Urteil binnen 48 Stunden fällt. Dieselben Offiziere, die bei dem Pogrom beteiligt waren, fungieren jetzt als Richter. Es besteht die höchste Gefahr, daß, um das Blutbad zu rechtfertigen, man die eingekerkerten Unschuldigen als Revolutionäre zum Tode verurteilen wird, obgleich eine revolutionäre Organisation in Siedle unmöglich bestehen konnte, da während des Pogroms nicht ein einziger Soldat oder Beamter von der Bevölkerung getötet worden ist. Hilfe wird angefordert.

In Warschau wurden zwei durch das Feldgericht zum Tode verurteilte Revolutionäre hingerichtet. Als Antwort darauf wurde auf den Generalmajor Doroschowsky, einem Mitgliede des Kriegesgerichts, ein Revolver-Attentat verübt. Der General konnte aber unterlegt entkommen.

Ein Justizföndie. Der Prozeß wegen der Judenmordeleiten in Kerlich hat begonnen. Höhere Polizeibeamte, der Stadthauptmann, der Polizeimeister, ein Polizeikommissar, ein Hauptmann sind vor den Gerichtshof zitiert. Der gleichfalls angeklagte Ministerien-Führer, Fabrikant Melaschubij ist entflohen.

### Stadterordneten-Sitzung

vom 17. September 1906, nachmittags 4 Uhr.  
Vorsteher: Prof. Dittenberner.

Eingegangen ist eine Petition: Einführung des Oberverschusses nach Gew. d. S. Auf eine frühere gleichartige Petition war seitens des Magistrats nichts unternommen worden. Jetzt soll die Sache erneut mit Nachdruck angefragt werden. Die Petition wurde der Petitionskommission überreicht. — Entschuldigend wurde die Stadt. Gering und Gering. Nach einer Bemerkung des Stadtv. Thiele zum Protokoll der vorigen Sitzung, nach welchem die Annahme größerer Zuwendungen „unter dem Ausdrücke des Dankes“, kleinere aber ohne diesen

befindenden Dank angekommen worden sind, wurde in die Tagesordnung eingetragen.

Entschuldigend wurden die Rechnungen der gewerblichen Fortbildungsschule für 1904 und des Hospitals St. Gerhart et Antonii für 1904. Letzteres bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit rund 223.000 Mark und hat über 2 Millionen Mk. Vermögen.

Zugekommen wurde dem Landbanstich zwischen Stadt- und Domänenämtern im Gebiete des ehemaligen Vorortes Wiedenbühl. Der Landbanstich wurde durch die Seebenerstraße 10 und 50 und dem Anbau einer Baustelle an der Seebenerstraße.

Der Instandsetzung des von der Merseburger Chaussee nach dem Graserplatz bei Beelen führenden Weges wurde ebenfalls zugestimmt.

Zu Meinungsverschiedenheiten führten Mittelschulherren zu verschiedenen Klassen und Bürgervereinigungen. Der Magistrat beauftragte die Reupflanzung der Königstraße von der Merseburger Chaussee bis zum Grundstück 23 (8800 Mk.); die Verfertigung eines 1,50 Meter breiten Moaisfreis auf der Westseite der Wiedenbühlstraße von der Volkshausstraße bis zur Dittenberner (8850 Mk.) und eines zwei Meter breiten Moaisweges auf der Südseite der Dogenstraße (1800 Mk.) und eines Moaisweges auf der südwestlichen Seite der Richard Wagnerstraße. Bezüglich Reupflanzung der Königstraße wurde von der Baukommission Vorschläge neuer Klasse beschlossen und deshalb der Betrag um 1000 Mk. niedriger eingestellt.

Bezug die Verfertigung des Weges zwischen Dogenstraße hatte die Baukommission geltend gemacht, daß bei der späteren Bebauung der Straße der Weg wieder geradelt werde. Stadtbaurat Lammer trat energisch für die Schaffung des Weges ein; jener Stadteitel dürfte nicht benötigt werden. — Stadtv. Thiele erwiderte die Verfertigung des Weges im Interesse der sehr zahlreichen Wähler für viel mehr geeignet, als die des Weges am Bettner Platz. Auch die Platzierung der Dogenstraße erachte absolut notwendig. — Letzterer Antrage stimmt auch Stadtv. Knabe zu, der beantragt, die Verbindungen zwischen Wiedenbühl und Landwehrstraße zu verfestigen. Die Veranlassung besteht darin, lehnt aber die Verfertigung des Weges in der Dogenstraße ab. Im übrigen wurde den Magistrats-Anträgen zugestimmt.

Der Anstellung zweier weiterer Beamten und drei neuer Steuerheber für das Steuer-Bureau und die Steuerfasse wurde zugestimmt. Die Verfertigung jener Beamten ist durch das Wachstum der Jentenschicht bedeutend gesteigert worden. — Ferner ist die Wahl von etwa 10 Mitgliedern und Stellvertretern zur Steuer-Kommission.

Ohne Debatte erledigt wird die Verpachtung einer Landfläche auf der Besitzung in den Tennisfeld. — Von dem Finalabschluß der Kasse der allgemeinen Fortbildungsschule wird Kenntnis genommen. Beschlüssen von dem Kaufmanns-Vorstand der Fortbildungsschule. Welche Veränderungen der Fortbildungsschule 12 werden genehmigt. — Zugestimmt wird einer Klage wegen Eigentumsfeststellung.

Ueber die Veränderung in der Einrichtung der Kommissionen der Stadterordneten-Versammlung referierte zunächst der Stadterordneten-Vorsteher. Ferner wird auf die Wünsche hin, die seitens der Freien Bürgervereine geäußert worden sind, zu dem Antrag der Stadterordneten-Vorsteher, die Vorstehenden Vorläge freier natürlich keine Vorlage wie andere Magistratsvorlagen, da die Stadterordneten-Vorsteher ihrer Gesandte autonom sind, sondern eben nur Vorläge. Der Vorstand habe sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und erwidert, daß bei der Umänderung verschiedene Gesichtspunkte, Beziehungen und Interessen in Frage kommen. Wenn man im Stadterordneten-Kollektivum auch nicht mit politischen Faktionen rechnen, so müsse man bei einer kommissionarischen Vorbereitung doch allen Gruppen und jeder Deutsche Rechnung tragen. Ferner beantragt eine Vorberathungskommission, bestehend aus der Stadterordneten-Kommission (Dittenberger, Streckler, Grottel) und Stadterordneten-Vorsteher, und noch weiteren freien Stadterordneten, zu wählen, nämlich die Stadtv. Kloppeleisch, Kallmeyer, Thiele, Herzfeld, Diegel, Kähne und Engelle.

Vorsteher Dr. Kloppeleisch: Wir sind wohl einig darin, daß Reformen notwendig sind im Stadterordneten. Wollen wir reformieren, so müssen wir bei uns selbst anfangen und dann erst nach außen gehen. Der erste Vorschlag betrifft die Schaffung einer Waudeputation. Die jetzige Organisation ist veraltet für eine Stadt mit demnach 180.000 Einwohnern. Meine Vorschläge können allerdings nur als Anregungen gelten. So wie das Kollegium dem Magistrat Anregungen geben kann so wird es auch dem Magistrat im Stadterordneten-Vorsteher Anregungen zu Verbesserungen im Stadterordneten geben. Im meistenten wird die Arbeit geleistet von sechs Kommissionen (Bau-, Finanz-, Agrar-, Petitions-, Gesundheitsordnungs- und Theaterkommission). — Zur Thiele: Und die Weinprüfungs-Kommission (Kloppeleisch) Dr. Kloppeleisch: In der Thiele die man ja nicht hier überlassen sein, aber überlassen kommt es es jetzt schwer, zu entscheiden, welcher Kommission eine Vorlage zu unterbreiten ist. Da ist erforderlich ein Rechts-, Wahl- und Verfassungsausschuss, der Rechtsfragen und zu erledigen hat. Bei Rechtsfragen sind hier gewöhnlich die Herren Juristen des Kollegiums zusammen berufen worden, die bei Streitigkeiten zusammenkommen, aber vielmehr nicht zusammenkommen. (Grottel) Es ist auch kein gesunder Zustand, daß solche Rechtsfragen lediglich von Juristen entschieden werden. Auch der Laie soll hier zu Worte kommen. Auch mit der Wahl von Steuerkommissionen sollte sich der Magistrat befassen. Was war es für ein Zustand, daß heute hier aus Wahl, über wenig Namen genannt werden. Wer heute alle diese Personen haben mit einem Wahlabschluß, so können Jänen die Vorläge abdruckt vorgelegt und dann kann erst wissen im Plenum gewählt werden.

Bezüglich der Baukommission und Waudeputation sind den Zeitungen wünschenswerte Erklärungen unterzulegen. Es handelt sich nicht darum, daß die Baukommission durch eine Waudeputation ersetzt werden, oder daß die Deputation an Stelle der Kommission treten soll, sondern beides soll nebeneinander und Hand in Hand miteinander arbeiten. — Unerlässlich ist auch ein Etatsanschuss, der lediglich den Etat vorübersehen hat, so daß die Finanzkommission ungehindert ihre weiteren Arbeiten fortsetzen kann. Im Ausschuss findet man Vorkommnisse, die vorläufig eingestellt sind und erst im Laufe des Etatsjahres endgültig bewilligt werden. Das ist ein Beweis, daß die Stadterordneten hat über sich gebracht werden müssen. Der Magistrat muß dann wieder erst eine Vorlage machen; die Kommissionen müssen sie beraten und sie müssen sie beschließen, so daß wir uns dann unter einander loskommen und der Antrag der Verwaltung beschließt wird. Im Etatsanschuss müssen auch Spezialisten für Schulfragen, Bau- und waldwirtschaftliche

Pragen. Bei der letzten Gestaltung der Geschäfte ruht die Verantwortung auf den 12 bis 14 Mitgliedern der Bau- und der Finanzkommission. Es gibt aber noch viele Stadterordnete, die gern mitarbeiten möchten. Wäre es nicht möglich, daß diese Angelegenheiten werden. Richtig sind auch Wünsche für die Rechnungsrevisionen, für Grundbesitzungsfragen, für die Wohnfrage, für die Wohnungsbaufrage, wenn eine Kommission hierzu allgemein den Wohlstand am Tage lieh.

Das sind in allgemeinen Umrissen die Vorschläge, die ich Ihnen unterbreitet habe. Gestalten Sie dieselben, wie Sie Ihnen amwünschlich erscheinen. Oder machen Sie andere Vorschläge. Ich möchte nur, daß durch die Reorganisation die Verwaltung nicht gelähmt wird, die Verwaltungsgeschäfte schnell und sicher vorwärts zu bringen.

Von einer Diskussion über die Vorschläge wurde auf Anregung des Stadtv. Schmidt Abstand genommen. Zu den bereits vorgelegenen 11 Mitgliedern der Vorberathungs-Kommission wurden noch die Stadterordneten Dittenberner, Grottel, Kloppeleisch und Kloppeleisch gewählt.

Zu einer persönlichen und geschäftlichen Angelegenheit nimmt hiesiger Bürgermeister Dr. Kloppeleisch das Wort. Er führte aus: In der letzten erschienenen Nummer der Sozialeitung wird unter der Signatur Ein neuer Fall Wittenberg? genannt, man glaube zu wissen, auf dem Boden eines hiesigen Bureau-Direktors sei ein Mann mit sozialistischer Gesinnung in Breslau in Aussicht genommen worden. M. S., ich bin ein Feind aller Hinterhältigkeiten und werde solchen Hinterhältigkeiten, wo ich sie antreffe, stets mit Nachdruck entgegen treten. Es wird in dem Artikel angedeutet, ich hätte einen in Breslau wohnenden Bewerber präferiert. Das ist nicht wahr. Der Bewerber ist hiesig, bereits ausgeschrieben und kommt gar nicht mehr für den Posten in Frage. Der Herr hatte sich beworben; ich kenne ihn, hielt ihn für geeignet, war aber sofort für die Ausschreibung, als man mir sagte, daß man hier an solchen Völkern einen Mann mit sozialistischer Gesinnung nicht gern hätte. Grundsätzlich sehe ich allerdings auf dem Standpunkt, daß Bewerber bei Besetzung solcher Stellen nicht ausschließlich sein darf. Ferner Vorname kann nicht auf legitimen Wege von der Magistratsverwaltung in die Sozialeitung gelangt sein. Ich werde die Sache amtlich unteruchen. Nur auf einer laubte Weise kann die Sozialeitung Kenntnis von dem Vorfalle erhalten haben.

Nach behörter Berathung zweier weiteren Vorlagen wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. — In der geschlossenen Sitzung wurde nur die endgültige Anstellung des Politischen Schriftstellers (Nr. 170) in zweiter Lesung und die des Politischen Schriftstellers (Nr. 21) in erster Lesung aufgegeben. Eine Sitzung von 50.000 Mk. zu Wittenbergmedien von einem, der nicht genannt wurde, wurde angenommen.

Schluß 7/8 Uhr.

### Volkswirtschaftliches.

Von der goldenen Internationale. Deutsche, französische und schweizerische Genossenschaftler haben, um das Ziel der Volksrecht mitzutreten, ein internationalen Ring zur Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiterklasse gegründet. Durch das Bestehen hoher Vertragsstrafen die Freie, insbesondere auch die Erziehungsgrenzen und die beschlossenen Bedingungen streng ein zu halten haben. Vergütungen irgend welcher Art und Form, die auf Verletzung eines Kunden hinauslaufen, sind gleichfalls unter strengster Strafe gestellt. Dem Ring treten sofort 47 Firmen bei, wozu 44 deutsche, eine französische und zwei schweizerische. — Die freie Konkurrenz, die sonst als ein kulturförderndes Moment verberichtet, ist hier also, wie bei vielen anderen internationalen Ringbildungen aufgehoben. Die freien Patrioten der verschiedenen Vaterländer verbinden sich mit einander, um die Konsumenten tüchtig zu rufen.

### Versammlungsberichte.

Genossenschaftsversammlung, Merseburg. In der Sitzung am 7. September legte der Vorstand nach Beschlusse der vorigen Sitzung neue Fragebogen mit ungefähr 5-6 Fragen vor; dieselben wurden nach kurzer Debatte anerkannt. Die Fragebogen werden nun von den Genossenschaftsvorständen an ihre Mitglieder verteilt werden. Zur Anstiftung von Bierern wird die Bibliothek morgen als Markt bewilligt werden. Die Vorschläge der Bibliothekskommission, welche mehrere Werke zur Anschaffung empfohlen, wurden angenommen. An Stelle des Gen. Verges, Metallarbeiter, wurde Gen. Hoffmann, Handels- und Transportarbeiter, als Kassierenrevor gewählt. Genosse Bauer stellte den Antrag, das Statut möge eine Verbandskommission einlegen, welche über Beschwerden innerhalb der Verhältnisse zu verfahren habe. Gewählt wurden Gen. Vanholz und Gen. Verz. Weiterhin wird bei diesen beiden Genossen anzufragen. Es bringt dann Genosse Friedrich, Handels-Transportarbeiter, den Fall des Bierarbeiters Gatz wieder ins Gedächtnis. Er erklart die Genossen und Kollegen, die Solidarität hochhalten; vor allem erklart er den Verband der Bau- und Arbeiter, dieses zu beachten. Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr. Anwesend waren: Vordarbeiter 2, Metallarbeiter 3, Handels- und Transportarbeiter 2, Zimmerer 1, Schneider 1, Maler 1, Holzarbeiter 2, Ziegeleier 1, Tabakarbeiter 1. Ein Schneider ist erkrankt. (Sitzung am 17. d.)

Volken. Eine Volkerversammlung fand am 8. September im greulichen Lokale statt. Genosse Haute referierte über die Reichsfinanzreform, über die hohen Ausgaben für Meer und Marine, welche das Volk durch indirekte Steuern zu tragen hat, über die Zigaretten-, Brannt- und Salzsteuer, die gleichfalls auf das Volk abgewandt werden, wofür Lottung ausgesetzt wird. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen. Genosse Braunstein wies auf die tolle Organisation hin, damit der Individualismus des Klassenbewußtseins immer mehr Platz mache. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie nahm die endlich beendete Versammlung ihr Ende.

Der Sozialdemokratische Verein hielt am 8. September seine Mitglieder-Versammlung ab. Nach Aufnahme neuer Mitglieder berichtete Genosse Braunstein über den Kreislauf. Als Referenten wurden gewählt Ernst Richter und Hermann Wille. Ferner wurde eine Bibliothek ins Leben gerufen. Genosse Richter stellte dem Verein eine Anzahl Bücher zur Verfügung. (Sitzung am 15. d.)

Verantwortlicher Redakteur: Ad. Thiele in Halle.

Höher Feiertage halber bleiben meine Verkaufsräume und Bureaux  
Donnerstag, den 20. und am Freitag, den 21. Septbr. a. c.  
bis nachmittags 5 Uhr  
geschlossen.  
Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

# Donnerstag und Freitag bis 5 Uhr

sind meine Geschäftsräume Feiertags halber **geschlossen.**

Von **Freitag nachm. 5 Uhr** an beginnen unsere **90 Pfg.-Tage** mit grossen Ueberraschungen.  
Es lohnt sich daher für jedermann mit seinen Einkäufen bis dahin zu warten.

Beginn Freitag

**5 Uhr. Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstrasse 87. 5 Uhr.** Beginn Freitag

## Konsumverein für Halle-Giebichenstein u. Umgegend.

E. G. m. b. H.

Freitag, den 21. September abends 7/9 Uhr im „Burgtheater“, hier **ausserordentl. General-Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Abänderung der Statuten.
2. Beschlußfassung über den Beitritt des Vereins zur Unterstützungskasse deutscher Konjum-Vereine.
3. Bericht vom Verbandstag und Genossenschaftstag.

**Der Aufsichtsrat.** Schnabel. Koch.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarte.

## Freidenker-Vereinigung von Halle u. Umgeg.

Mittwoch, den 19. Sept. abends 8 1/2 Uhr im Saale des Weissen Hof, GeiBstrasse 5

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen H. Tabert, über: „Eine Episode aus der Weltgeschichte.“ 2. Vereinsangelegenheiten.

Gäste sind stets willkommen.

Der Vorstand.

## Sozialdem. Verein Delitzsch-Bitterfeld.

Zahlstelle Bitterfeld.

Mittwoch den 19. September 1906

### ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kautz, über: „Die politische Lage und unsere Politik.“ 2. Berichterstattung vom Kreisrat. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller ist notwendig.

Der Vorstand.

## Konsumverein zu Meuselwitz.

E. G. m. b. H.

### Inventur halber

Bestehen die Verkaufsstellen wie folgt geschlossen:

Verkaufsstelle für Schuh- und Schnittwaren, Fasaneutr., Meuselwitz, von Dienstag, den 25. Septbr., vormittags 11 Uhr bis Freitag, den 28. Septbr. abends.

Verkaufsstelle für Materialwaren, Fasaneutr., Meuselwitz, von Dienstag, den 25. Septbr. mittags bis Mittwoch, den 26. September abends.

Verkaufsstelle Bekau, von Dienstag, den 25. Septbr. mittags bis Mittwoch, den 26. Septbr. abends.

Verkaufsstelle für Mehl, Brot, Futterartifel, Fasaneutr., Meuselwitz, Mittwoch, den 26. September.

Verkaufsstelle Humsdorf, Mittwoch, den 26. September.

Verkaufsstelle Schultrohe, Meuselwitz, Donnerstag, den 27. Septbr.

Verkaufsstelle Starckenberg, von Donnerstag, den 27. September bis Freitag, den 28. September mittags.

Die Rückvergütungsmarken sind bis zum Tage vor der Inventur in den einzelnen in Frage kommenden Verkaufsstellen, in der bisher üblichen Weise abzuliefern.

Die Mitglieder ersuchen wir, im Interesse einer schnelleren Abfertigung, schon jetzt mit dem Umtrieb der kleineren Marken gegen grössere zu beginnen.

## Arbeiter-Gesangverein Teuchern

Sonntag den 23. Sept. im Gasthof „Zum grünen Baum“

### Stiftungsfest

bestehend in

Gesang, humor. Vorträgen, Theater u. Ball.

Zur Aufführung gelangt u. a.: „Solidarität“,

sowie gemischtsprachigelieder u. a. m.

Einen angenehmen Abend verbringend, ladet hierzu Freunde und Gönner ganz ergeben ein

Th. Kuhlauk.

Der Arbeiter-Gesangverein.

— Anfang nachmittags 4 Uhr. —

## Wilh. Heckert, Engros-Lager

Detail-Verkauf: Am Güterbahnhof 5.

Rübengeräte. = Eimer. = Besen und Bürsten.

## Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: H. Richards.

Mittwoch den 19. September 1906: 5. Abonnem.-Vorstellung. 1. Viertel. Umtauschkarten gültig.

Zum Gedächtnis d. 100. Geburtstages von Heinrich Laube.

### Die Karlschüler.

Schauspiel in 5 Akten von Heinrich Laube.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Donnerstag den 20. September 1906: 6. Abonnem.-Vorstellung. 2. Viertel. Umtauschkarten gültig.

### Das Stiftungsfest.

Auffpiel in 5 Akten von G. v. Moser. In Szene gesetzt von Fritz Wendt.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

## Panorama

Gr. Ulrichstrasse 91.

### Nordlandreise

des deutschen Kaisers.

## Rübensaft

1 Pfd. 14 Pfg.

bei

## Alfred Apelt

Leipzigerstrasse 8.

### Kinder

trinken gern wohlschmeckenden Medisinal-Lebertran

## Emulsion

Flösche 1 u. 2 Mf. bei

Max Rädler, Mannischestrasse 3.

### Nur kurze Zeit

weird Linoleum, 2 Mtr. breit, in allen Stärken, durchgehend u. bedruckt, zu Spottpreisen verkauft.

Feiner Tapeten, zum Teil bis für die Hälfte und ein Viertel des sonstigen Preises.

— Franco-Versand nach auswärts. — Rathhausstr. 15.

## Bilder-Einrahmungen

empfehlen wir zu erhaucht billigen Preisen, da vorzüglichste Geigenholz, Buchbinderei, Ernst Schöderer, Burgstrasse 33, Papierhandlung und Leihbibliothek.

## Apollo-Theater

Direktion: Gustav Voller.

Gastspiel des

## Berliner Thalia-Ensembles,

bestens bekannt von seinem vorjährigen, erfolgreichen Gastspiel im „Apollo-Theater.“

Direktion: Hermann Schmelzer.

Als Novität: Der grösste Schläger des Thalia-Theaters zu Berlin:

## Wenn die Bombe platzt.

Schwank in 3 Akten von Kron und Lipschitz, Musikerte von Alfred Schönfeld.

Musik von Paul Linke.

### Der grösste Lacherfolg

der diesjährigen Saison in Berlin.

Als Gäste: Maria Forescu vom Berliner Theater

und

Alfred Schmasow vom Schiller-Theater zu Berlin.

Die Original-Decorationen und Kostüme des Thalia-Theaters zu Berlin.

Keine erhöhten Eintrittspreise!

Vorverkauf gültig!

Süssmilch's

## Walhalla-Theater

Wiederum Gr. Programm-Wechsel. Die neuen Kräfte übertreffen alles Dagewesene.

Besonders hervorzuheben sind: Les deux Gautier's, akrobatischer Helango-Akt.

The Carl's, Trampolin-Akt.

Viola de la Sera, Internationale Excentrique-Soubrette.

Anton Geni-Troupe, Lady-Gymnastik-Akt.

Saalplatz 65 Pfg.

Jeden Sonntag: Von 1/2 12—1/2 2 Uhr: Fröhlich-Schoppen-Konzert. Nachmittags 4 Uhr: Grosses Extra-Vorstellung.

Jeder Besucher hat das Recht, ein Kind frei einzuführen.

## Dr. Thompson's Seifenpulver

Marke Schwan

gibt

## Schneeweisse Wäsche

ohne Bleiche.

Zu haben in allen besseren Geschäften.

Blutstockung? Rufen Sie eine Schachtel Menstruationspulver „Geisha“ (D. R. G. M. ang.) Bestand: Flor. Antheid, nobil. japon. pulv. sst. steril. Nur echt in verpackten Schachteln. Drogerie „Föhn“, GeiBstr. 6.

### Hamsterfelle

und alle anderen rohen Felle

kauf zu höchsten Preisen

Hermann Fiedler, Rüdigerstr. 15

und Sellhandlg., Weissenfels, GeiBstr. 15

# S. Weiss,

Halle a. S.

## Donnerstag u. Freitag

den 20. und 21. September

bleiben meine Geschäftsräume Feiertags halber

## geschlossen.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Eugen Schö. — Druck der Halleischen Central-Anstalt-Verlagsanstalt (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

## Halle und Saalkreis.

5. u. 11. 18. September.

### Aus dem Stadterordnetenamt.

Das Gleichnis vom Scherstein der armen Witwe, das schwerer wiege als das Pfund des Reiches, gilt in unserer patriotischen Zeit nicht mehr. In der vorigen Sitzung waren sechs Begate angenommen worden in Höhe von 25 000, 20 000, 10 000, 1300, 500 und 400 M. Das Protokoll verzeichnet nur bei den ersten vier Begaten, sie seien „mit dem Ausdruck des Dankes“ angenommen; bei den beiden kleineren Begaten fehlte der Dank. Genosse Thiele monierte die Unterabteilung, die jedoch vom Vorsteher durch den Hinweis für begründet erklärt wurde, in den letzteren Fällen handele es sich nur um Zusammenhänge in etwa der Höhe, die durch den geforderten Gegenstand, Absätze eines Straßenschildes ausgeglichen würden, während die anderen Begate der Stadt höhere Zuneigungen machten. Im Zukunft muß also bei Annahme eines Begates mit zu entscheiden sein, ob dasselbe mit oder ohne protokolllarisch verewigten Dank angenommen werden soll. Vielleicht läßt sich noch eine Staffelung, eine Graduierung des Dankes einführen; denn es ist offenbar ungerath, wenn für 1300 M. derselbe „Dank“ ausgesprochen wird wie für 25 000 M. Ein Unterschied muß sein, und zu billig darf der „Dank“ nicht abgelesen werden. Bei Begaten bis 750 M. könnte beispielsweise die Annahme ohne jede weitere Gefühls-Äußerung geschehen, bis 1500 M. mit „Wohlwollen“, bis 3000 M. mit „Anerkennung“, bis 5000 M. mit „warmer Anerkennung“, bis 10 000 Mark mit „mächtiger Anerkennung“, bis 15 000 M. mit „Dank“, und dann so weiter mit heißem Danke, mit „hochachtungsvollem“ ergebensten Danke über die „gerühmte Verrichtung“ hinaus bis zur „höflichstgerühmten“ Verehrung. Wer mehr als 100 000 M. zahlt, wird nachträglich zum Ehrenbürger ernannt. Nur immer praktisch, und dem gesunden Verstande zu gehorchen, muß vom ordnungsliebenden Staatsbürger unter allen Umständen Reverenz erwiesen werden.

Daß endlich die Uebersicht in ihrem mittleren Teile zwischen Beschlagnahme und Landbesitz durch Verpflasterung aus ihrem fandalösen Zustande gerissen werden soll, wird die Bewohner des Städtchens mehr erfreuen als die gefürchtete Ablehnung der Magistrats-Vorlage auf Herstellung eines Hofwegs auf der Liebenauerstraße, die zugunsten einer ähnlichen Verbesserung auf dem Bettiner Plage wünschenswert ist. Unter den zur Wiederwahl vorgeschlagenen Mitgliedern der Steuer-Einkünfte-Kommission befand sich ein Wildpret-händler, der schon vor etwa einem Vierteljahre aus Halle verbannt ist. Seine Wiederwahl wäre gemäßlich beschlossen worden, hätte nicht einer unserer Genossen auf den Tatbestand aufmerksam gemacht. Herr v. Holly erklärte, das Verzeichnis sei schon im Juni aufgestellt worden, und der Rezensent unterschätzte sich damit, die Akten hierzu ihm eben erst vor der Sitzung zugestellt worden. Mag alles sein; aber in einer geregelten Verwaltung sollte so etwas nicht vorkommen können; und als Bürgermeister Dr. Rixe von der Notwendigkeit der Reorganisation des Kommismissionswesens sprach, zog er mit Recht den Fall als Beweismaterial mit heran.

Im Prinzip und auch in den meisten Einzelvorstellungen ist dem Ersten Bürgermeister in dem zukünftigen, was er über die Geschäftsfähigkeit und Unschärfe des jetzigen Kommissionswesens sagte. Nicht ohne einen Anflug von Ironie führte er aus, daß die liebe Gewohnheit mancher der Stadterordneten nicht mehr erkennen lasse, wie unpraktisch die derzeitige Erlebung der Geschäfte sei, während jemand, der als Fremder in den Kreis trete, sofort gemacht werde, daß schwere Mängel in der Organisation der Verwaltung vorhanden sind und wo sie liegen. Dr. Rixe empfiehlt die Einleitung von mehreren Kommissionen und Deputationen, namentlich außer einer Bau-Deputation einen Rechts- und Wahlsachverständigen, einen Staats- und einen Rechnungswissenschaftlichen, einen Ausschuss für Grundeigentum und einen für Wohlthätigkeit. Dann machte der Erste Bürgermeister auf ein Mißverständnis aufmerksam. Nicht um ein Erzeugen der Baukommission durch eine Bau-Deputation handle es sich, wie die hiesigen Zeitungen geschrieben hätten, sondern um die Errichtung einer Bau-Deputation neben der Baukommission, die in ihrer bisherigen Weise beibehalten werden sollte. Da nicht nur sämtliche Berichterstatter sondern auch viele Stadterordnete die früheren Ausführungen be-

Dr. Rixe falsch aufgefaßt haben, muß doch wohl die Schuld an dem Mißverständnis auf seiner Seite liegen. Jedenfalls würde der von einer Reorganisation erwartete Vorteil nur dann eintreten, wenn von den zurzeit bestehenden 67 Kommissionen, Kuratorien und Deputationen nur ein knappes Dutzend erhalten bliebe, die alle anderen in sich aufsaugen. Wenn bei der Reorganisation die Möglichkeit offen gelassen wird, daß die den Stadterordneten angehörenden Mitglieder einer gemischten Deputation in besonderen Fällen für sich zusammenzutreten und ein von der Auffassung des Magistrats abweichendes Votum abgeben können, so mögen die Kommissionen ruhig verschwinden; sie würden sonst doch nur eine inhaltslose Dekoration und ein Genunns für schnelle Abwicklung der Geschäfte bilden. Auf die vorgeschlagenen Ausschüsse können recht wohl alle Arbeiter übertragen werden, die jetzt auf 67 Kommissionen und Deputationen verteilt sind. Von den Spezialkommissionen brauchen nur die Kuratorien für das Gas- und Wasserwerk und für das Elektrizitätswerk aufrechterhalten zu bleiben. Wenn jetzt besondere Kuratorien bestehen für die Brunnenreinigung, Carl Willers-Reinigung, Riechreinigung, für das Hospital, für das Odbachlokal, so können diese Verwaltungen unbedenklich in eine verschmolzen werden. Nächstlich sieht es in anderen Verwaltungsgruppen. Wenn beispielsweise, wie jetzt, besondere Kommissionen bestehen „zur Begutachtung und Kontrolle der Kanalwässer-Reinigungsanstalt“, „zur Vorbereitung der Gehirnenordnung für den Uferlagerplatz in Halle-Trotz“, oder „zur Prüfung der hiesigen Bahnhofsverhältnisse“, so ist das einfach lächerlich. Und es gibt noch recht viele ähnliche Kommissionen, die von Jahr zu Jahr gewählt werden, aber nie zusammen-treten. — Die Urwahlen leitens des Ersten Bürgermeisters ist also mit Fremden zu begreifen. Sie mag so ausgearbeitet werden, daß der Einfluß der Stadterordneten nicht vermindert und die Arbeit vereinfacht wird, dann können alle zufrieden sein. Denn daß etwa jetzt trotz der 67 Kommissionen allenthalben gründlich und gutverfüllt vorgearbeitet würde, mag wohl niemand behaupten. — Die geltend eingeleitete Vorberathungskommission steht vor einer verantwortungsvollen, aber auch dankbaren Arbeit.

Mit wohlwollender Schärfe und Gutsdienlichkeit zerrig gegen Schluß der Sitzung Dr. Rixe ein kleines, gegen ihn eingeleitetes Interpellations-Verfahren. Ein Antrag wurde gestellt, es bereite sich ein neuer Fall Winter dadurch vor, daß zur Stelle des Bureaudirektors ein Rathhof aus Breslau auszuweisen sei. Das sollten zwei Dinge gegen den Ersten Bürgermeister auf einmal sein. Die Veranlassung eines Beschlusses aus Breslau sollte ihn in den Ruf bringen, Vorkämpfer der Fremden zu sein, und der „Rathhof“ sollte die Fremden gegen ihn aufbringen. Herr Rixe zerrig das Gemebe, und er betonte nachdrücklich, daß die Saalezeit, nur auf unerlaubter Weise Kenntnis von der einschlägigen Magistratsberatung erhalten haben könne, die Sache werde amtlich untersucht werden. Möglich, daß kein absichtliches Verfehlen vorliegt; möglich aber auch, daß das der Fall ist. Man weiß, wie an anderen Orten das Betreiben des Ersten Bürgermeisters, den man den Schiedsrichter wegwirgen, gewirkt hat. Jedenfalls ist es zweckmäßig und heilsam, es wird dem ersten Verstande, durch ein hinterlistiges Spiel die Lauterkeit seines Willens in Frage zu stellen, vom neuen Leiter der städtischen Verwaltung ganz energisch entgegengetreten. Und wir falkulieren, es wird dazu noch mehr als einmal Gelegen-heit geben.

Daß gerade die freireinige Saalezeit es ist, die der Schwärmer fieber der Rathhofenführung Nahrung trägt, ist berückend. Nicht daß der ehemalige Stadtrat Winter Rathhof war, hat ihm den Hals gebrochen, sondern daß ihm vorgekommen werden konnte, er begünstige seine Konfession, das machte ihn unumstößlich. Bei der Saalezeit, ist aber schon der Rathhofist an sich ein Stein des Anstoßes. Daher der Name: Vertreter des freireinigen Bürgerturns.

Uebrigens enthält die Halle'sche Zeitung wörtlich dieselbe Zu-richt eines „alten Beamten“.

Gegen die geplante Erhöhung der städtischen Werkstern, die wir an der Hand der vom Bürgermeister v. Holly ausgearbeiteten Denkschrift schon kurz besprochen haben, wendet sich der Direktor der hiesigen Maschinenbauerei, Herr Martin Schneider. Herr Schneider weist zunächst darauf hin, daß die

von den Braternen beschlossene Erhöhung des Bierpreises nicht allein wegen der erhöhten Brauereier eingetretten sei sondern auch wegen der vielen anderen Oblaten. Vor allem aber sei der Steuerzuschlag des Herrn v. Holly ungerath, weil er die erzeugte Biermenge wohl heranzieht, während schon bis zur Erhaltung des Bieres bereits zehn Prozent und bis zum Verbringen an die Kundstätt weitere 8 bis 12 Prozent verloren gingen, so daß von einem Doppeltverbrauche nicht 6 sondern nur 4,8 Hektoliter Bier erzeugt würden. Nur von diesem Quantum dürfte die Steuer berechnet werden. Für die mit der Herbstschöpfung-Braterei fusionierte Aktienbrauerei betrage die Reichs-Steuer nicht 3 Mt. sondern 4,83 Mt. pro Doppelhectoliter. Das Hektoliter verfaultes Bier werde mit 4 und rund 90 Pf. — Wirtschaftlich sind es nur 81 Pf., Herr Direktor Schneider! — bedeutet, so daß die hiesige Rechnung falsch liege. Nicht um 13 1/2 Pf. sondern um 41 Pf. pro Hektoliter würden bei Annahme des hiesigen Zuschlages die hiesigen Brauereien härter befallen werden als bisher.

Herr Schneider hegt die bestimmte Erwartung, die hiesigen Körperparteien würden die Vorlage ablehnen. Wir haben unser Standpunkt bereits in diesem Sinne dargelegt. Als Gegner jeder indirekten Steuer und namentlich als Gegner indirekter Sozialsteuer werden die sozialdemokratischen Stadterordneten nicht für den hiesigen Plan zu haben sein.

### Als „lieber, unentbehrlicher Hausgenosse“

preislich die Hall. Allg. Ztg. in einem lieben zur Vergebung gelangenden Aufschreiben an, das mit den Worten beginnt: „Wir möchten Ihnen den Beweis erbringen, daß die Allgem. Zeitung das beste Blatt von Halle ist.“ Man kann kaum zu zorniger schwer von einer Zeitung, die man länger Zeit gelesen habe, aber wor die Allg. Ztg. lese, denn werde sie „ein lieber, unentbehrlicher Hausgenosse“. Ganz fest ist freilich das Blatt von seiner Unentbehrlichkeit noch nicht überzeugt, denn als Loophole wird den Empfängern des Zirkulars angeblühmt, die Allg. Ztg. werde ihnen bis zum 1. Okt. kostenlos zugehen.

Da es ohne Äußerung bei dem Blatte nicht abgeht, bittet es, jeder möge sich „den nach 9 vielen Tausenden zu zählenden treuen Abonnenten der Allg. Ztg.“ anschließen und dieser sein Interesse und Vertrauen schenken. „Sie werden sich nicht enttäuscht sehen.“ — Wie die vielen Tausende Abonnenten geschaffen sind, hat ja der Prozeß vor dem hiesigen Gericht gezeigt. Da es der Allg. Ztg. gelungen ist, in der kurzen Zeit ihres Bestehens einen sehr eigenartigen Grund um sich zu verbreiten, dessen Einwirkung nicht jedermanns Wohlwahrer ist, wird wohl auch ihr neuestes Liebeswerben nicht erfolglos sein, und sie wird sich mit den bereits gewonnenen vielen Tausend treuen Abonnenten begnügen lassen müssen.

\* Die Ostfänkische der Böttcher, Drechsler, Glaser u. s. w. hält am morgenden Mittwoch im Englischen Hofe eine außerordentliche Generalversammlung ab. Im Vorjahr hatte der Druckereifabrikant aus dem Böttcher-Quartier gemacht. Die Wichtigkeit der Tagesordnung — Neu-regelung der Beiträge nach dem Arbeitsverdienst usw. — läßt das Erscheinen aller Mitglieder dringend nötig erscheinen.

\* Ein schon erörterter Plan taucht wieder auf, die Her-stellung eines Tunnelns zwischen der Thelenstraße und dem Bahnhofsplatz. Da an der Ecke der Thelen- und Thelen-straße ein neues Postamt gebaut werden soll, hat die Post-verwaltung ein großes Interesse an der baldigen Herstellung des Tunnelns genommen. Der Magistrat hat einen Vertrags-auftrag mit dem Bauamt beauftragt, über den die Bauamt-innen schon Bescheid genommen. Dieser Tunnel würde u. a. für postfällige Zwecke gebaut werden. Will die Stadt für die Ver-kehrsmittel eine Tunnelverbindung zwischen Thelenstraße und Bahnhofsplatz haben, so müßte das ein besonderes Unter-nehmen sein. Vielleicht lassen sich aber beide Pläne verbinden.

\* Die Neupflasterung der Königstraße ist ausgeschrieben worden. Angebote sind bis zum 22. September, vorm. 10 Uhr, im Zimmer 23 des Bauegeniebes einzureichen.

Mehrere aufgeregte junge Herren am 18. September sind gesehen worden, daß sie dem hiesigen Polizeiwahl unter die Hände warfen und für dafür Surra rufen ließen. Diese praktische Erziehung zum Patriotismus war von so ausge-deutetem Erfolge, daß die Ehre der Kinder unheimlich an-schwellt. Die Herren zogen sich in ein Restaurant zurück, bis

## Heber die Grenz von Siedle

ist dem deutschen Bureau der Alliance israelite universelle von einem nichtjüdischen Gewächsmann ein ausführlicher Bericht ausgegangen, in dem es u. a. heißt:

Unser Gewächsmann war am Mittwoch, 5. September, nach Siedle gefahren. Seine Erstfrage, die ihn nach seinem Hotel in der Bachhausstraße bringen sollte, wurde unterwegs von Soldaten angehalten, die ihn persönlich und sein Gepäck auf der Straße untersuchen und darauf passieren ließen. Am 8. September, Sonnabend, wollte er nach Erlebung seiner Geschäfte Siedle verließen. Im Hotel wurde ihm gesagt, daß dies unmöglich sei, daß ein strenges Verbot erlassen worden sei für jedermann, sich aus der Stadt hinauszuheben. Für diesen nämlichen Sonnabend, 8. September, hatte der General-gouverneur General Engelke eine Verordnung beauftragt, nach der die Wäden, die sonst regelmäßig abends 8 Uhr ge-schlossen werden müßten, bis zehn Uhr geöffnet sein dürfen. Von dieser Erlassung machten naturgemäß in erster Reihe die jüdischen Ladengeschäfte Gebrauch, weil sie tagsüber, als am Sabbat, die Wäden geschlossen hatten und gern die Gelegen-heit wahrnehmen wollten, nach beendetem Sabbat noch Ge-schäfte zu machen.

Unser Gewächsmann blieb gewächsmannem mit seinen Freunden im Hotel. In dem nämlichen Restaurationszimmer, in dem er sich befand, saßen an einem Abend sechs mehrere Dragomoffisten.

Abends 9 Uhr 15 wurden plötzlich Nebelerschüsse gehört, so nahe, daß die Herren alle glaubten, es sei im Hofe des Hotels selbst geschossen worden. Einige Minuten später er-litten starke Gewehrthallen, die einander sehr schnell folgten und von allen Seiten kamen. Während die Herren bei Tisch saßen — die Offiziere waren immer noch in dem Restaurations-zimmer zugegen — kam einer ihrer Freunde, ein polnischer Adliger, gegen 11 Uhr abends zu ihnen, leuchtend, verärgert, und erzählte das folgende:

Er, der eben einen Gürtelverkauf abgeschlossen und zu dem Käufer sich begeben hatte, der eine Auswahl an ihm be-werten wollte, sah bei diesem in der Abwendung des Ge-schäftes begriffen, an dem noch verschiedene andere Personen teilnahmen, als plötzlich alle Scheiben des Hauses fitternd zertrümmert wurden. Geschwetzten flohen durch das Zimmer,

schlugen durch die Wände und Türen, geschossen die Lampe und löschten sie aus. Dann hörten die Erschrockenen Schritte. Acht bis zehn Soldaten, zum Teil von einem Linienregiment, zum Teil Dragoner, geführt von einem Dragonerwachtmeister, drangen in die Wohnung ein und gingen mit Säbel und Bajonetten auf die Geschützen zu. Der Pole rangte den Wachtmeister, was denn mit ihnen sei. Die Antwort war ein Bajonettschlag. Einer glücklichen Wendung des Poles war es zu danken, daß das Bajonettschlag zwischen Arm und Körper durch den Kopf fuhr. Der Pole hielt das Bajonettschlag fest, benutzte die freie Hand zum aus seiner Wunde einen Geschößen zu nehmen und durch Zerstückung seine Wunde um Freilassung dem Wachtmeister gegenüber zu unterrichten. Der Wachtmeister nahm den Poles unter den Arm und führte ihn fort. Wachtmeister der Verwundete, auch den andern Schutz zu gewähren. Der Wachtmeister erklärte, daß er für nichts stehen könnte, wenn jener sich nicht sofort mit ihm entferne. Er hörte das Geschrei der Wäden, einer Frau, die in die Wäden rannte, alle mit Kolbenschlägen malträtiert wurde. Er wurde von dem Wachtmeister zu dem Hotel zurückgeführt. Die Offiziere hatte die Erzählung ruhig mit angehört, hörten auch mit an, daß die andern Anwesenden über die Vorkommnisse für nicht deutlich zu erkennen gaben, und — haben ihren Urtheil nach 1 1/2 Uhr verließen sie das Hotel. Die in dem Restaurations-zimmer zurückgebliebenen Gäste mußten sich endlich entschließen, da gerade eine kleine Wäde eingetreten war, in das Hofgebäude zu gehen und dort ihre Zimmer aufzusuchen. Von Soldaten war natürlich keine Rede.

Jeder Verwundete, etwa Hilfe zu bringen, wurde vergeblich gesucht. Die Kunden fragten zu nicht, daß, wer den Kopf aus dem Fenster steckte, für sicher hielt, daß er nicht angeht. Während der Wäden zwischen einer Geschütze und der andern hörte man Hilferufe und Ungelächel von Männern, Frauen und Kindern. Während der Nacht wurden sämtliche Wäden in den vier Hauptstraßen der Stadt — Siedle hat nicht viel mehr als die vier Hauptstraßen — durchsucht. Das bedeutete: Wäden drangen die Soldaten in die Wohnungen ein und verübten dort namhafte Grauslichkeiten. Ein Offizier ritt in den Hof eines Hauses, wo er alle Bewohner des Hauses verarmelt fand. „Hände hoch!“ rief er den Leute zu. Dem Befehl wurde Folge geleistet. Nur ein fünfjähriges Kind folgte dem Rufe nicht. Der Offizier schob das Kind mit

seinem Revolver nieder. Ein Soldat trat auf ihn zu und jagte ihm, daß er ein Offizierskind getödtet habe. Dafür erhielt er vom Offizier eine Ohrfeige.

Am Sonntag morgen trat eine Art Ruhe ein. Die Soldaten waren nicht mehr gekommen und stimmten Erlebung an. Wäden in die Erlebung hinein konnte das Geschrei der Verwundeten. Eine Deputation von Bürgern, Geistlichen und Juden, ging zu dem Kommandeur der Truppen und bat ihn, er möchte doch mit dem Schieber aufhören lassen. Der Kom-mandeur antwortete, daß er so lange wäden ließe, bis sämt-liche jüdischen Sozialisten und Bundisten ausgeliefert seien, denn diese hätten mit dem Schieber begonnen. Die Forde-rung zu erfüllen war unmöglich, denn tatsächlich war von niemandem außer von den Gendarmen und vom Militär selbst geschossen worden. Der Kommandeur blieb bei seiner Ent-scheidung, die Deputation mußte unermüdeten Suche nach dem Schieber zurückgehen. Am Sonntag nachmittag kam Militär von Rembertow und Preß, außerdem noch ein Linienregiment. Das hiesig in Siedle aufkommende Regiment ist das Re-giment Sibau, das bereits in Wäden eine Probe seiner Geschütze in der Veranstellung von Bogroms und von Häubtern abgelegt hat.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag zündeten Sol-daten mehrere Häuser an. Die Bewohner, die sich aus dem Feuer retten wollten, wurden erschossen, sobald sie die Straße betraten. Auf diese Weise wurden 23 Häuser verbrannt. Drei andere Häuser wurden durch Geschütze zerstört, die unmittel-bar vor den Häusern aufgestellt waren. Vermerkenwert ist, daß die Häuser der Geschütze schwächer war als der Wäden der Geschütze.

Nachdem die Militärerie angeordnet war, machte sich einer der Offiziere unter Gewächsmann an einen ihm bekannten Offizier schriftlich mit der Bitte, er möchte ihm die Erlaubnis verschaffen, Siedle zu verlassen. Nach vielen Verhandlungen erteilte General Engelke diese Erlaubnis. Unser Gewächsmann hatte die Möglichkeit, vom Militär geteilt, zum Bahnhof zu gehen, die Eisenbahn zu benutzen und sich für mehrere ein zu weiten Umweg zu nehmen, daß es mehrere Stunden dauerte, ehe der Bahnhof erreicht war. Die Straßen waren teilweise buchstäblich mit Patronenschüssen überfüllt. Es mußten Hunderte von Schüssen abgegeben worden sein. Die An-zeiger erzählten unterwegs, daß ihnen schon das Verhänd-



Kläger dann gegen den Willen des Beklagten die Stelle und fandte wieder ein Kranken-Arzt, noch löst eine Entladung bei dem Chef ein. Die Quittungslatte ließ sich Bildung von einem Angestellten geben; er bewachte damit seine Entlassung. Seine Karte will sich Kläger aber nur deshalb haben geben lassen, weil er den Vorgesetzten insofern Leberarbeit habe nicht mehr ausfüllen können. Selbstverständlich, so lag er habe er austreten wollen. Diese Erklärung gab dem Gericht den Hauptanlaß, den Kläger mit seinem Anspruch auf Nachzahlung des Gehaltes für vier Tage abzuweisen. Schon durch Förderung der Quittungslatte ist das Verhältnis gelöst und der Anspruch des Klägers ohne weiteres hinfällig geworden, hieß es in der Urteilsbegründung.

## Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Mannheim 1906.

### VIII.

**Strafkonto der Arbeiterbewegung.** Die Wahlrechtskämpfe und die zahlreichen, sich immer heftiger gestaltenden wirtschaftlichen Kämpfe haben begrifflichweise auch unser Strafkonto beeinflusst. Nach unserer Aufzählung wurden an Strafen erkannt: 2 Jahre 4 Monate Zuchthaus, 66 Jahre 1 Monat 4 Wochen Gefängnis und 24 861 M. Geldstrafe.

Ein eingehender Teil der Gefängnisstrafen entfällt auf die wegen Teilnahme an der schändlichen Wahlrechts-Demonstration Verurteilten. Die Verdorene Justiz hat hier nicht nur scharfe, sondern auch unbillige Urteile gefällt. Ueber 27 Angeklagte, deren Vergehen zum Teil ganz geringfügiger Natur waren, wurden 14 Jahre Gefängnis verhängt. So wurde ein Mann, der eine durchgehende Schutzmannstelle passierte, keinen beachtenden Aufbruch, seinen Mann des Schurkes auch nur mit den Fingerringen auszuweisen, dessen ganzes Verbrechen also lediglich in der Durchbrechung der durchgehenden Kette lag, zu der ungeheuerlichen Strafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt. Ungefähr zur selben Zeit fanden Schüler des Technikums in Mittweida vor Gericht. Um die Schulheute einmal gründlich zu verpausen veranfaßte sie nachts eine große Zusammenrottung, zu der brieflich und durch Anschläge an den Wachen eingeladen worden war, mit der Weisung, Späterkündete mitzubringen. Tatsächlich strömten auch etwa dreihundert Mann zusammen, pfiffen, löschten, verhöhnten die Polizei, ja man warf die Beamten mit Steinen, schlug Fenster Scheiben ein und rief Gesandten über. Die Rädelführer wurden dem Schweregezüg wegen Auftruts, Befehlsgewehrung und Unterschreitung des Marsches zu vier und fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Diese Parallelen zeigen, wie sehr die Dressuren des Richteramt der Wahlrechtsbewegung dienen sollten und sich als Klassenrechte manifestieren.

Als die zum 21. Januar geplante Wahlrechts-Demonstration in Preußen verboten wurde, setzte eine himmelstürmische Hege gegen die Partei ein. Am 11. Januar wurde in Breslau der Generalstreik erschienenen Auftruts zur Wahlrechtsbewegung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Das Gericht konstruierte aus dem Auftruf eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Die Hege gegen die Partei wurde noch verschärft, als Wilow den Juristen versprochen hatte, die Geleise „rücksichtslos“ und „unerschrocken“ gegen die Sozialdemokratie anzuwenden. Am 9. Februar hatte sich der Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Genosse Heine, vor dem dortigen Landgericht ebenfalls wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu verantworten. Nicht weniger als fünfmonatiger Arrest des Mannes stand ihm zur Last. Das Gericht schied zwar einigzig Urteil von der Anklage aus, erwiderte aber in fünf Urteilen einen Verstoß gegen § 130 des Strafgesetzbuchs, außerdem sollte der Angeklagte auch noch das sächsische Hochverratsparagrafen selbständig haben, weshalb er zu einer Gesamtstrafe von einem Jahre und neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Eine ähnliche Aktion wurde gegen die Exkultortribüne eingeleitet, die mit der Verurteilung des Genossen v. Lojewski zu acht Monaten Gefängnis endete. Auch er sollte sich der Aufreizung, außerdem aber auch der Verächtlichmachung schuldig gemacht haben.

Natürlich haben die Gerichte wieder in den angeführten, noch in den übrigen Aufreizungsprozessen einen tatsächlichen Verstoß gegen den § 130 nicht nachweisen können. Alle Angeklagten haben auch entschieden bestritten, zum gewalttätigen Kompie aufgereizt zu haben. Die Sozialdemokratie habe stets die Anwendung von Gewalt zurückgewiesen, wie in ihrer Literatur, insbesondere in den Schriften von Marx und Engels klar ausgeprochen werde. Das half aber nichts; die entsprechenden Verurteilungen wurden einfach abgelesen. Die Gerichte waren durch die Worte „Klassenkampf“ und „Revolution“ hypnotisiert und erwiderten die Angeklagten für überführt, weil, wie im Leipziger Urteil ausgesprochen wird, in den von den Urteilen bedrohten Kreisen V e r u r t e i l u n g z u h e r v o r g e r u f e n w u r d e .

Der Krampf im Schopenhof zu Hamburg kam den Scharfmachern sehr gelegen und wurde von diesen recht eifrig gegen die Partei eingeschlagen. Das Hamburger Echo wies diesen Versuch entschieden zurück und führte das Verbot zurück für diesen Vorgang auf die Polizei zurück, die jene Ordnung ohne genügenden polizeilichen Schutz gelassen habe trotzdem sie wissen mußte, was sie von den dort hausenden Elementen zu erwarten habe. Auch wurde das im Anschluß an den Krampf erfolgte Verbot der Arbeiter-Veranstaltungen, das der Aufhebung des Verbandsrechts gleichsam, scharf kritisiert. Dadurch sollte sich das Echo der Polizeibehörde schuldig gemacht haben. Das Gericht faßte einen Urteil so auf, daß der Polizei der Vorwurf gemacht werden sollte: sie habe die Presse durch ihre Spitzel arrangiert, um sie hinterher gegen die Sozialdemokratie zu fruchtigieren und nahm hier verwerfliche Beleidigungen ein. In Verbindung mit einem einzigen Beleidigung wurde hierauf der Genosse Waberski zu fünf Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe verurteilt. In dem später stattgefundenen Prozeß wegen der Schopenhof-Krampfe ist dann zum Leidwesen aller Schärfer aber festgestellt worden, daß ein Zusammenhang des Krampfs mit der Wahlrechts-Demonstration nicht bestand. Selbst der Staatsanwalt mußte erklären, daß von den 28 Angeklagten nur einer politisch organisiert war.

Die Verhaftungen wegen Ausübung des Wahlrechts erregten, das durch die Praxis der Gerichte die Ausübung des Wahlrechts immer mehr gehemmt, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Das zeigt sich besonders bei dem Vorgehen gegen Streikposten, in der Art der Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung und in der Anwendung des Strafgesetzbuchs-Paragrafen.

Wie sehr sich Organe des Staates als Werkzeuge der Klassenfeindschaft erweisen, hat die Breslauer Polizeistatistik vom 19. April aufs neue bestätigt. Die Zusammenkunft einer Anzahl, von brutalen Untertanen angesprochen, auf die Straße geworfenen Arbeiter auf dem Striegauer Platz, um auf ihre arbeitswilligen Kollegen einzuwirken, gab Anlaß zu furchtbarem Blutvergießen. Das Vorgehen der Ausgelpersten fand

mit den Gesetzen nicht im Widerspruch; terroristische Akte waren nach Lage der Verhältnisse ganz ausgeschlossen. Als jedoch der Genosse Krawinkel auf Auforderung der Polizei nicht schnell genug auseinander ging und eine genügende Anzahl Schutzleute aufgebracht war, erfolgte auf Kommando der Angreif. Etwa hundert Schutzleute drangen mit blanken Säbeln in die Menge und verletzten ritten mit Füßen in die Menschenmassen hinein. Der Striegauer Platz und die angrenzenden Straßen zeigten große Blutspuren. In klirrer Eile verfolgten Polizisten die fliehenden sogar bis in die Häuser. In einem Hause der Hildebrandstraße wurde dem Arbeiter Franz Dienold, der an dem Vorgang auf dem Striegauer Platz gar nicht beteiligt war, von einem taubenden Schußmann durch einen von hinten gegen ihn geführten Säbelhieb die Hand samt, mit der er das Treppengeländer ergreifen wollte, glatt vom Arm abgeschlagen. Der Handabhaber verschwand scheinbar, ohne bis heute ermittelt zu werden. Der Breslauer Polizeipräsident, der der Schanzmannschaft sehr schnell öffentlich seinen Dank und seine besondere Verehrung für ihre Tat aussprach, hat noch kürzlich dem Reichsstatthalter des besagten Provinz mitgeteilt, daß der Täter immer noch nicht ermittelt sei. Freimilch scheint sich die blutdürstige Statut nicht zu melden! Nicht nur in Breslau sondern im ganzen Reich haben die Vorgänge tiefe Empörung hervorgerufen und haben manchen bis dahin gleichgültigen Arbeiter in die Reihen seiner Klassen-genossen geführt.

**Die Parteipresse hat die steigende Tendenz, von der im vorigen Bericht gesprochen wurde, auch in dem abgelaufenen Berichtsjahre aufzuweisen. Nur wenige Blätter sind es, die Zuschüsse bedürfen.**

Die Genossen Langbeurgs, die erst vor Jahresfrist die Druckerei, in der die Volksstimme hergestellt wurde, kauftlich erworben und technisch vorzubereitet haben, sehen sich gezwungen, Erweiterungen vorzunehmen, die in der Erwerbung der Erwerbung eines eigenen Heims für die Druckerei auslaufen.

Im eigenen Heim und eigener Druckerei erscheint seit dem 1. Januar die freie Presse in Elberfeld. Die Buchdruckerei des Genossen Grimpe, in der die freie Presse 18 Jahre hergestellt wurde, ist von den Genossen kauftlich übernommen. Die Druckerei besitzt jetzt zwei Rotationsmaschinen, wodurch jeder Eventualität bei dem Erscheinen des achtseitigen Blattes vorgebeugt ist.

Nachdem die Genossen in Hannover im vorigen Jahre ein in besserer Lage der Stadt gelegenes Grundstück erworben hatten, war der Ausbau und die Einrichtung Ende März soweit geendet, daß am 1. April der Notstand in eigener Druckerei und im eigenen Heim hergestellt werden konnte. Von der Firma Dörnte u. Böber, bei der bisher der Druck des Volkswillen ausgeführt wurde, wurde sämtliches Inventar und die Maschinen übernommen. Die Auflage des Volkswillen beträgt über 20 000.

Am 16. April feierte das Hamburger Echo infolge seiner Vorgängerei, der Biergeretung, das 25jährige Jubiläum. In diesem Jahre erschien die erste Nummer der von Johannes Webbe gegründeten Biergeretung, nachdem alle früher erschienenen sozialdemokratischen Zeitungen Hamburg-Altonas unter dem Sozialistengebiet verboten worden waren. Das Blatt verfiel aber ebenfalls dem sozialistengebietlichen Verbot wegen eines Artikels, betitelt: „Gewalt ist kein Feindmitleid.“ Schnell folgte dem unterdrückten Blatt das Echo, das jetzt 30 000 Abonnenten hat.

Mit den Vorarbeiten, das Blatt in eigener Druckerei auszuführen, sind die Genossen in Braunshweig beschäftigt. Die Genossen in Mainz sind gezwungen, für den neuen Betriebsmaterial für die Druckerei anzuschaffen. Um die Herausgabe einer großen Tageszeitung zu ermöglichen, die für das Ruhrgebiet, speziell der Kreise Essen und Duisburg, eine Notwendigkeit geworden ist, werden die Genossen in Essen eine Parteidruckerei errichten. — Darüber soll durch Information an Ort und Stelle der Plan erogen werden, ob die Gazeta Robotniks dreimal wöchentlich erscheinen soll oder ob sie in ein Tagesblatt umgewandelt werden kann.

Aus der Firma der französischen Verlagsanstalt und Druckerei in Nürnberg ist Genosse Singer ausgetreten.

Die unter der Firma J. S. W. Dieb Wächler in Stuttgart seit 1881 bestehende Verlagsbuchhandlung wird seit dem 1. Januar auf Rechnung der Partei geführt. In der Organisations des Geschäfts ist mit der Eigentumsänderung ein Wechsel oder Änderung nicht verbunden. Genosse Dieb wendet dem Geschäft für seine Unternehmung.

Vom Parteivorstand wurde der gegebenen Anweisung entsprechend beschloßen, der Gleichheit alle vier Wochen eine Einberufung neben den regelmäßigen Berufen beizulegen. Der Kostenpunkt wird sich jährlich auf 1500 M. belaufen. Die illustrierte Neue Welt wird in einer Auflage von 401 500 einer Anzahl der Parteimitglieder beigegeben. Eine größere Zahl der Parteiblätter stellt eigene Unterhaltungsbelegungen für ihre Auflage her.

Der im 31. Jahrgang erscheinende Neue Weltalender, Verlag von Auer u. Co., Hamburg, hatte im 30. Jahrgang eine Auflage von 150 000, die vollständig verkauft wurde.

Die Frage der Homogenität der Redaktion des Vormärts hatte bereits im vorigen Jahre den Parteivorstand und die Breitenkommission wiederholt beschäftigt. Desgleichen eine Sitzung, an der die gesamten Funktionäre Groß-Verlins teilnahmen. Die Ausproben und Verhandlungen hatten als Folge nicht das gewünschte Resultat. In der Gegenheit in der Redaktion blieben unermindert, in die späten Zeiten in der Redaktion vor der Hinzuführung von in den geschlossenen Verhandlungen in der Sache brachte keine Besserung in dem persönlichen Verhältnis der Redakteure zu einander. Dadurch mußte das in einer Redaktion notwendige kollegiale Zusammenarbeiten nicht nur schwer leiden, sondern fast unmöglich werden. Der Zustand in der Redaktion war unheilbar geworden.

Partei Vorstand und Breitenkommission hielten es deshalb für ihre unabsehbare Pflicht, einen anderen Weg zu finden, der aus der unzureichenden Lage herausführe. Partei Vorstand und Breitenkommission traten zur Beratung der Lage zu einer gemeinschaftlichen Sitzung am 2. Oktober 1905 zusammen, zu der auch Vertreter Groß-Verlins geladen waren. Da weder der Partei Vorstand noch die Breitenkommission in der Lage war, bestimmte Vorschläge zu machen, kam man überein, solche in der nächsten ordentlichen Sitzung der Breitenkommission vorzulegen und zu beraten. Diese Sitzung der Breitenkommission fand am 6. Oktober statt und war auch die Redaktion eingeladen. Die Redaktion wurde jedoch bekannt gegeben, daß Vorstand und Breitenkommission allein zu verhandeln müßten, insofern sich die anwesenden Redakteure in der Vorstand und Breitenkommission kamen überein, die Verhandlungen, die persönliche Natur waren, so lange bisetzt zu behandeln, bis man zu einer vollständigen Einmütigkeit in bezug auf den Personenwechsel in der Redaktion gelangt sei.

Gegen den Ausschluß der Redaktion von den Verhand-

lungen, die der Parteivorstand und die Breitenkommission mit einem pflanzlichen wählten sich die Redakteure Müller, Gieser, Gradnauer, Kattik, Weller und Schröder durch Schreiben vom 10. Oktober. Die den Genannten am 16. Oktober von den Genossen Gerlach und Baumloch gegebene mündliche Antwort wurde in schriftlicher Ausfertigung durch Schreiben vom 17. Oktober gewährt. Die dem Parteivorstand am 20. Oktober seitens der Parteivorstandes und zwar seitens sämtlicher Mitglieder entprochen. Als Antwort auf den Brief des Parteivorstandes nach die sechs Redakteure Sonnabend, den 21. Oktober 1905, nach 6 Uhr abends, ihre Einigung auf dem Parteibureau ein mit dem Hinweis, daß sie dieselbe unverzüglich der Gesamtmitteilung unterbreiten würden. Weiteres ist in der Form geblieben, daß Sonntag, den 22. Oktober, die Einigung im Vorwärts an der Spitze der politischen Lieberkeit erschien.

Partei Vorstand und Breitenkommission nahmen am 23. Oktober die Einigung an. Beide Körperparteien teilten mittels Schreibens vom 28. Oktober den sechs Redakteuren mit, daß vom 20. Oktober ab auf ihre fernere Tätigkeit in der Redaktion verzichtet werde. Neu eingetreten in die Redaktion blü die Genossen Wolf, Davidsohn, Düvel, Stadthagen, Weber und Bernuth.

Der Abmontentstand der Vormärts bezifferte sich am Schluß des Berichtsjahres auf 112 000 Exemplare.

Die Einnahmen des Vormärts betragen im Berichtsjahre 1 241 794 25 M., die Ausgaben 1 101 178 M., so daß ein Ueberschuß von 140 615 55 M. erzielt wurde.

Der Abmontentstand der Neuen Zeit betrug am 30. Juni 1906 7200. Die Rechnung balancierte mit einem Betrage von 43 576 99 M.

Die Abmontenzahl der Gleichheit betrug am 30. Juni 1906 44 000. Die Jahresrechnung balancierte mit einem Betrage von 20 683 34 M.

Die Erzeugung des Abmontentandes um über 15 000 Exemplare in einem Jahre ist ein scharfer Erfolg und legt besonders Zeugnis ab von der Bedeutung, die die proletarische Frauenbewegung sich zu erlangen verstanden hat.

Der Jahre Jakob hatte am 30. Juni 1906 205 000 Abonnenten. Die Einnahmen betragen 205 866 28 M., die Ausgaben 162 258 36 M. Mühen wurde ein Ueberschuß von 46 607 92 M. erzielt.

**Die Buchaushebung Vormärts hat in dem abgelaufenen Berichtsjahre einen gegen das Vorjahr verminderten Barerummulaß und infolgedessen auch geringeren Geschäftsumsatz aufzuweisen. Während im Vorjahr der Barerummulaß 466 835 Mark betrug, ging er im Berichtsjahre auf 440 283 M. zurück, fast alle um 25 552 M.**

Schon einmal, im Jahre 1901-02, war ein Rückgang des Barerummulats zu verzeichnen, der auf die damalige wirtschaftliche Krise zurückzuführen war. Auch in dem verfloßenen Jahre wurden die finanziellen Kräfte der organisierten Arbeiter in ganz besonderem Maße durch die ihnen aufgedrungenen wirtschaftlichen Kämpfe in Anspruch genommen, die zu Einschränkungen ihrer anderen Ausgaben, in erster Linie für ihre literarischen Bedürfnisse, zogen. Dies konnte nicht ohne Einfluß auf die Parteibuchaushebung bleiben. Zum Teil ist aber der Rückgang auf die zeitweise Unterbrechung im Erscheinen der Kulturblätter zurückzuführen, durch die den Parteigenossen, die erst nach dem Erscheinen einer größeren Anzahl Abmontenten mit dem Abmontent begonnen hatten, Gelegenheit gegeben werden sollte, die ihnen stehenden Seiten nachzuschreiben, um beim Beginn des neuen Bandes sofort mit dem Bezug beginnen zu können.

Wesentliche Ausgaben erzwang die Buchaushebung durch den notwendig gewordenen Umsatz, der erhebliche Reueinrichtungen mit sich brachte. Die jetzt bezogenen Räume sind bedeutend größer als die früheren, so daß sie auch bei der voranschreitenden Entwidlung den Ansprüchen genügen werden.

## Literatur.

Von der Neuen Zeit ist schon das 51. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Schwarzzeiler. — Mannheim. Van U. Wesel. — Englische und preussische Bergarbeiter-Verhältnisse. Von Otto Hue. — Das ostelbische Landvolk und die Sozialdemokratie. Von Otto Braun (Hilfsberg). — Wahlrechtsbewegung und Wahlkreis. Von Leo Krons. — Klassenkampf und Klassenkampf. Von Friedrich Kreis. — Zur theoretischen Durchbildung der Arbeiterklasse. Von Otto Fortker, Schuhmacher. — Jugendverteilung und Sozialdemokratie. Von Hermann Damm (Hamburg). — Partei und Religion. Von Georg Koller (Zadua).

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns schon Nr. 19 des 16. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zum Parteitag in Mannheim. — Frauenzimmer. Von a. br. — Die Ausbreitung unethischer Praktiken bei den Krankenheusern. Von Friedrich Kreis. — Aus dem Sozialbericht der badischen Fabrikarbeiterin. In G. H. — Aus der Jugendbewegung. Von F. M. — Feuilleton: Kampfwiese. Von John Henry Madan. (Gedicht). — Am Tore der Wissenschaft. Von A. H. — Ein Sam. Von Theodor Stern. — Frauen-Beilage: Die Gräbner. Von Friedrich Hülberlin. (Gedicht). — Nervenpflege. Von Dr. Hippolyt Kerschmann. Ein Kapitel von der Liebe. Von Indulmia Quessel. — Sturm. Von Nikolaus Renau. (Gedicht). — Blinder Lärm. Von Ernst Almsloh. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — Verbst. Von Gärar Fischlein. (Gedicht in Prosa).

In der neuesten Nummer des Wägen Jakob sind mehrere Beiträge in Wort und Bild dem in nächster Woche zusammenzutretenden Mannheimer Parteitag gewidmet. Aus dem weiteren Inhalt der Nummer erwähnen wir die Bilder: Der Kampf um die Freiheit. — Zentrum und Arbeiter. — Der Adler und der Hahn. — Eine weitere Geschichte. — Serenismus und die Proletariat. — Die russische Reaktion tang wieder. — Aus den höchsten Regionen und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons: „Der gute Christ“ von Max Hübner, „Im Mannheimer“ von Friedrich Kreis, „Der Brief vom „Gottlieb Raue“ aus Berlin und einen weiteren Brief vom „Flegelwitz“ Claus „Quartum“ aus Hamburg. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Von der Neuen Gesellschaft ist schon das 38. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat: — Offizen. — Kaiser-Mannver. — Die preussische Wahlrechtsbewegung. — Der König ist tot — es lebe die Republik! — Nachdruck. — Genosse Bernhart. — Friedrich Schiller. — Die preussische Politik des Vormärts. — Wilhelm Schräder. — Die Zeitgenossen. — Reir Garbie. — Das Bürgerrecht der Frau in Großbritannien. — Alexander Mach. — Die Klischees. — Zur Situation unter den Christlichen. — Karl U. Meyer. — Leidenschaft?

## Aus dem Reich.

Berlin. Von einer Lokomotive überfahren und getötet wurde der Stations-Vorsteher des Bahnhofs Westhof. Der Beamte war 29 Jahre im Dienst.

